



Ausschussdrucksache 21(17)11
vom 10. November 2025

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

„Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

Ferdinand Alexander Gehringer
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Schriftliche Stellungnahme

zur

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

von

Ferdinand Gehringer

Policy Advisor Innere Sicherheit und Cybersicherheit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Inhaltsverzeichnis

I.	Formen, Akteure und Ziele von staatlicher Desinformation	4
	Welche Mittel nutzt Russland für seine Desinformation, aus welchen Gründen und mit welchen Zielen innerhalb des Landes, in seinen europäischen Nachbarstaaten und in Deutschland?	4
	Gibt es einzelne Menschenrechte, die stärker als andere das Ziel von Desinformation sind?	6
	Wie kann Desinformation in den (sozialen) Medien strukturell erfasst werden und welche strukturellen Erkenntnisse haben Sie über systematische Informationsmanipulation durch autokratische Staaten?	7
	Welche 20 Staaten sind als die führenden Akteure staatlich veranlasster Desinformation zu sehen?	8
II.	Begriffliche und theoretische Einordnung von Desinformation	9
	Was ist Ihre Definition von "Desinformation", ist es Falschinformation, interessen­geleitet selektive Information, Fake News, und sind diese Begriffe auch konstruktivistische Werkzeuge zur Aufrechterhaltung eines interessen­geleiteten Herrschaftsdiskurses, unabhängig vom Status nicht-, semi- bzw. autoritärer Regierungen?	9
	Gibt es wissenschaftliche, vergleichende Studien zur Nutzung von Propaganda und Desformation in autoritären und liberalen politischen Systemen, und welche Handlungsempfehlungen leiten Sie daraus ab zur Wahrung sachlicher, neutraler und diversifizierter Berichterstattung zu politisch umkämpften Fragestellungen?	10
III.	Politische, gesetzgeberische und gesellschaftliche Gegenstrategien	10
	Welche Bedeutung ist Desinformation im Rahmen hybrider Kriegsführung Russlands beizumessen, in welchem Ausmaß wird sie angewandt und welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Einflusseinnahme abzuwehren?	10
	Welche staatlichen Maßnahmen sollten ergriffen oder verstärkt werden, um gegen Desinformation allgemein vorzugehen?	11
	Wie reagieren einerseits staatliche Strukturen in Taiwan und andererseits die Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit auf systematische Desinformation und Informationsmanipulation durch autokratische Staaten und welche Empfehlungen haben Sie darauf basierend an die deutsche Politik und die Gesellschaft im Umgang mit manipulierter Information und z.B. gefälschten Profilen in sozialen Medien?	12
	Welcher legislativ zu implementierender, allseitig gegen die Nutzung von Einfallstoren für Beeinflussung wirkender Mechanismen, Maßnahmen und Frühwarnsysteme bedarf es?	13

„Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

I. Formen, Akteure und Ziele von staatlicher Desinformation

Welche Mittel nutzt Russland für seine Desinformation, aus welchen Gründen und mit welchen Zielen innerhalb des Landes, in seinen europäischen Nachbarstaaten und in Deutschland?

Russland nutzt für seine Desinformationsaktivitäten ein breites Spektrum, das von staatlich gesteuerten Medien über verdeckte Onlinekampagnen bis hin zu psychologischen Einflussoperationen reicht. Dabei verbreiten offizielle Vertreter des russischen Staatsapparats gezielt Desinformationen, die anschließend von staatlich kontrollierten Medien aufgegriffen und in die gewünschte Narrative eingebettet werden. Die russischen Nachrichten- und Geheimdienste sind ebenfalls in sozialen Medien aktiv und schaffen Netzwerke falscher Identitäten.

Kerninstrumente sind staatsnahe Nachrichtendienste und mediale Ökosysteme wie Russia Today (RT), Sputnik, TASS, RIA Novosti sowie offizielle Regierungswebsites wie kremlin.ru, die gezielt Narrative setzen, Falschbehauptungen lancieren und Inhalte für verschiedene Sprachräume (Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch, Polnisch) aufbereiten. Ergänzend agieren nachrichtendienstlich verknüpfte Plattformen, die weiterhin aktiv sind, darunter InfoRos (inkl. Infobrics.org und OneWorld.press) sowie ideologische Netzwerke wie Fondsk.ru und Geopolitika.ru.

Hinzu kommen koordinierte Netzwerke aus automatisierten Accounts und Bots, Trollfarmen (bekanntestes Beispiel: die Internet Research Agency aus St. Petersburg) und Scheinaccounts, die in sozialen Medien wie TikTok, Facebook, X, Instagram, Reddit oder in Foren wie 4chan künstlich Zustimmung oder Empörung erzeugen und so die öffentliche Wahrnehmung manipulieren. Auch Messengerdienste wie Telegram, Signal und WhatsApp werden systematisch genutzt, um Inhalte schnell und schwer rückverfolgbar zu verbreiten; dabei nutzen die Akteure die algorithmischen Mechaniken der Plattformen, die Inhalte mit hoher Interaktionsrate priorisieren, und bedienen sich psychologischer Effekte, um sensationelle und falsche Informationen besonders wirksam zu platzieren.

Ergänzt werden diese Online-Taktiken durch ein Netzwerk von Kremlin-nahen Akteuren wie Rubaltic.ru, ANNA News und Eurasia Daily, die als „analytische“ oder „regionale“ Stimmen auftreten, tatsächlich aber Teil der Propagandastruktur sind. Zusätzlich wirken internationale Multiplikatoren, sogenannte Kremlin Amplifiers, darunter ZeroHedge, GlobalResearch, Russia Insider, The Duran, Unz Review und The Saker, die russische Narrative in westliche Diskurse einspeisen.

Auch oligarchennahe Strukturen sind beteiligt: Plattformen wie Katehon und Tsargrad.tv verbreiten ideologische Inhalte und finanzieren Kampagnen. Proxy-Websites und „Doppelgänger“ seriöser Medien — also Klonseiten, die gefälschte Artikel im Look legitimer Nachrichtenportale veröffentlichen — dienen dazu, Falschmeldungen vermeintlich redaktionell zu umrahmen.

Cyberoperationen in Form von hack-and-leak oder hack-and-publish gewinnen Daten, die anschließend dekontextualisiert, selektiv verfälscht oder mit manipulativem Begleittext versehen veröffentlicht werden, um Empörung zu erzeugen oder politische Gegner zu diskreditieren. Zunehmend setzt Russland auch auf KI-generierte Manipulationen — Deepfakes in Video-, Audio- und Textform —, um unwahre Aussagen oder Handlungen bestimmten Personen zuzuschreiben und so Beweise zu fälschen bzw. Vertrauen weiter zu untergraben. Eine zentrale Taktik ist der sogenannte „Spiegeleffekt“, bei dem Kritik an Russland auf andere projiziert wird.

Diese Instrumente werden über eine Desinformations-Ökonomie gestützt, die Suchmaschinenoptimierung, bezahlte Reichweite und gezielte Werbeschaltungen nutzt, um Sichtbarkeit zu maximieren. Politische Foren werden dabei sowohl als Multiplikatoren als auch als Zielgruppen eingesetzt: einmal, um konkreten politischen Einfluss zu nehmen, und zum anderen, um bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien zu verstärken. Insgesamt dienen diese Maßnahmen nicht nur der Erzeugung kurzfristiger medialer Effekte, sondern der langfristigen Schwächung demokratischer Debatten, indem Vertrauen in Medien, staatliche Institutionen und demokratische Prozesse systematisch erodiert wird.

Einerseits versuchen autokratische Staaten, Unentschlossene zu manipulieren und die Reihen bestehender Unterstützer für ein Narrativ zu schließen, andererseits zielen sie darauf ab, Gegner gegeneinander auszuspielen und so die Polarisierung zu erhöhen.

Die Beweggründe hinter dieser Strategie sind sowohl innen- als auch außenpolitischer Natur. Im Inneren dient Desinformation der Stabilisierung des politischen Systems und der Legitimation der Regierung. Durch die Einschränkung alternativer Informationsquellen und die Diskreditierung oppositioneller Positionen soll ein geschlossenes Narrativ entstehen, das die Bevölkerung auf die Politik der Führung einschwört. Die Darstellung eines feindlichen Westens und einer permanenten äußeren Bedrohung trägt dazu bei, Loyalität zu mobilisieren und innenpolitische Schwierigkeiten – etwa wirtschaftliche Probleme oder Korruption – in den Hintergrund zu rücken.

Russlands Desinformationsaktivitäten verfolgen außenpolitisch das Ziel, geopolitische Einflusszonen zu sichern und die politische Kohärenz des Westens zu schwächen. Informationsoperationen dienen dabei als kostengünstiges und schwer sanktionierbares Mittel, um politische und gesellschaftliche Wirkung zu entfalten. Im Mittelpunkt steht das Bestreben, gesellschaftliche Spaltungen in westlichen Demokratien zu vertiefen, das Vertrauen in Wahlen und staatliche Institutionen zu untergraben sowie politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Zugleich soll die Unterstützung für die Ukraine – sowohl politisch als auch materiell – geschwächt und die Geschlossenheit der NATO und anderer Bündnisse unterminiert werden, um die (sicherheits-)politische Handlungsfähigkeit des Westens insgesamt zu beeinträchtigen.

In den europäischen Nachbarstaaten richtet sich das Vorgehen insbesondere auf die gezielte Verstärkung bestehender gesellschaftlicher Spannungen, etwa in Fragen von Migration, sozialer Ungleichheit oder Energiepolitik. Durch die Emotionalisierung solcher Themen wird Polarisierung vertieft und Vertrauen in staatliche Strukturen systematisch ausgehöhlt.

In Deutschland konzentrieren sich die russischen Desinformationsaktivitäten vor allem auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Fragen der Ukraine-Politik, der Energieversorgung und der Verteidigungspolitik. Ziel ist es, Zweifel an der Notwendigkeit militärischer und finanzieller Unterstützung für die Ukraine zu schüren und zugleich westliche Sanktionen als wirtschaftlich schädlich für Deutschland darzustellen. Darüber hinaus werden gesellschaftliche Konfliktlinien – etwa im Zusammenhang mit Migration, Klimaschutz oder den Folgen der Corona-Pandemie – bewusst vertieft, um Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, Medien und demokratischen Prozessen zu verstärken. Indirekt werden dabei auch populistische und extremistische Akteure gefördert, deren Positionen in russischen Medien positiv aufgegriffen werden, um politische Fragmentierung und Polarisierung weiter zu verschärfen.

Gibt es einzelne Menschenrechte, die stärker als andere das Ziel von Desinformation sind?

Desinformationskampagnen stellen ein wachsendes sicherheits- und demokratiepolitisches Problem dar, das zunehmend auch menschenrechtliche Dimensionen aufweist. Zielgerichtete Falschinformationen greifen nicht nur die Integrität öffentlicher Diskurse an, sondern wirken unmittelbar auf die Wahrnehmung und Ausübung grundlegender Rechte ein. Besonders betroffen sind jene Rechte, die für eine freie, pluralistische und informierte Gesellschaft zentral sind.

An erster Stelle steht die Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 19 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; Art. 10 EMRK). Durch die systematische Verbreitung manipulativer Inhalte, die Diskreditierung unabhängiger Medien und die gezielte Desorientierung der Öffentlichkeit wird das Recht auf ungehinderten Zugang zu verlässlichen Informationen unterlaufen. Desinformation ersetzt klassische Zensurmechanismen durch subtile Formen der Verwirrung und Überflutung des Informationsraums. Sie erschwert damit eine sachgerechte Meinungsbildung, fördert Polarisierung und schwächt die demokratische Debattenkultur.

Auch das Recht auf politische Teilhabe und freie, faire Wahlen (Art. 21 AEMR; Art. 3 1. ZP EMRK) ist ein wiederkehrendes Ziel von Desinformationskampagnen. Diese zielen darauf ab, das Vertrauen in Wahlprozesse und Institutionen zu unterminieren, gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen und die Legitimität demokratischer Entscheidungen in Frage zu stellen. In der Konsequenz wird die Funktionsfähigkeit demokratischer Willensbildung gezielt geschwächt.

Darüber hinaus werden Gleichheitsrechte und das Diskriminierungsverbot (Art. 2 AEMR; Art. 14 EMRK) häufig instrumentalisiert. Desinformation greift gezielt Themen mit hohem emotionalem Konfliktpotenzial auf – etwa Migration, Religion oder Geschlechterfragen –

und nutzt sie, um Vorurteile zu verstärken und gesellschaftliche Spannungen zu vertiefen. Damit wird das Prinzip der Gleichbehandlung untergraben und der gesellschaftliche Zusammenhalt geschwächt.

Schließlich sind auch andere Rechte indirekt betroffen: Das Recht auf Gesundheit (Art. 25 AEMR) kann durch gezielte Fehlinformationen über medizinische Maßnahmen oder Impfungen gefährdet werden; das Recht auf Sicherheit und körperliche Unversehrtheit (Art. 3, Art. 22 AEMR) durch die Verbreitung von Hassnarrativen und Verschwörungsideologien, die zu Gewalt anstacheln.

Insgesamt zeigt sich, dass Desinformation kein isoliertes Kommunikationsphänomen darstellt, sondern ein strategisches Instrument zur Schwächung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie der menschenrechtlichen Schutzarchitektur Europas ist. Die Sicherung eines freien, pluralistischen und vertrauenswürdigen Informationsraums ist daher nicht nur eine Aufgabe der Sicherheits- und Medienpolitik, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil des Menschenrechtsschutzes.

Wie kann Desinformation in den (sozialen) Medien strukturell erfasst werden und welche strukturellen Erkenntnisse haben Sie über systematische Informationsmanipulation durch autokratische Staaten?

Desinformation in sozialen Medien lässt sich strukturell erfassen, wenn sie nicht als einzelne Falschmeldung, sondern als systematisches Kommunikationsphänomen analysiert wird. Maßgeblich sind dabei die Untersuchung von Quellen und Netzwerken, die Identifikation koordinierter Veröffentlichungsmuster, die Analyse algorithmischer und künstlicher Verstärkung durch Bots oder gekaufte Reichweite sowie die Erkennung wiederkehrender Narrativ- und Themenmuster. Ergänzend müssen zeitliche Häufungen und plattformspezifische sowie plattformübergreifende Verbreitungsmuster betrachtet werden, da Kampagnen häufig in synchronisierten Wellen und parallel über mehrere soziale Netzwerke verbreitet werden. Die Wirkung der Desinformation wird durch Reichweiten- und Resonanzanalysen sowie durch die Bewertung von Einfluss auf Meinungen und Entscheidungen strukturell erfassbar.

Strukturelle Erkenntnisse über systematische Informationsmanipulation durch autokratische Staaten zeigen, dass diese gezielt ein vernetztes Ökosystem aus staatlichen Medien, diplomatischen Kanälen, Trollfarmen und regierungsnahen Akteuren nutzen. Menschliche und automatisierte Akteure, zunehmend auch KI-generiert, verbreiten koordinierte Inhalte, die auf Polarisierung, Vertrauensverlust in Institutionen und Schwächung internationaler Bündnisse abzielen. Charakteristisch ist zudem ein systematisches Lern- und Anpassungsverhalten: erfolgreiche Kampagnen werden analysiert, auf andere Länder oder Plattformen übertragen und durch Redundanz in mehreren Kanälen resilient gegen Ausfälle gemacht. Teilweise finden Absprachen und Kooperationen autokratischer Staaten untereinander statt, um Narrative und Kampagnen in Zielländern abzustimmen. Ziel ist nicht primär kurzfristige Meinungsänderung, sondern die langfristige Destabilisierung demokratischer Gesellschaften und die Erosion gesellschaftlicher Resilienz.

Welche 20 Staaten sind als die führenden Akteure staatlich veranlasster Desinformation zu sehen?

Eine fundierte Aufzählung und Beantwortung der Frage ist nicht wirklich möglich. Nachfolgend eine Darstellung in alphabetischer Reihenfolge von Staaten, die staatlich veranlasste Desinformation verbreiten, basiert auf der subjektiven Einordnung des Verfassers. Je nach Region und aktuellen Lage entwickeln sich Akteure fort bzw. begrenzen sich.

Aserbaidshan – Kampagnen gegen Armenien und zur Kontrolle der öffentlichen Meinung im Inland.

Belarus – Enge Kooperation mit russischen Informationsoperationen, Desinformation gegen Nachbarstaaten und die EU.

China – Umfangreiche Operationen bspw. durch die „50-Cent-Armee“, KI-generierte Inhalte, Einfluss auf Taiwan, Hongkong, Xinjiang und internationale Narrative.

Indien – Zunehmende staatlich unterstützte Desinformation, besonders in Wahlzeiten und gegen Pakistan.

Iran – Einflussoperationen im Nahen Osten, USA und Europa, oft religiös oder antiwestlich motiviert.

Israel – Private Firmen wie „Team Jorge“ mit staatlicher Duldung, Einfluss auf Wahlen im Ausland.

Kuba – Historisch und aktuell aktive Desinformationsstrategien, z. B. gegen die USA.

Mexiko – Einsatz von „Peñabots“ zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und zur Unterdrückung von Journalisten.

Myanmar – Desinformation gegen ethnische Minderheiten, insbesondere Rohingya.

Nordkorea – Propaganda zur Imagepflege und gegen Südkorea/USA, oft über verdeckte Kanäle.

Pakistan – Staatlich unterstützte Narrative gegen Indien und zur innenpolitischen Stabilisierung.

Russland – Führend in globaler Desinformation, Operationen in Europa, Afrika, USA.

Saudi-Arabien – Nutzung von Bot-Netzwerken zur Imagepflege und zur Bekämpfung von Kritikern.

Serbien – Staatlich unterstützte Kampagnen zur politischen Einflussnahme im Balkanraum.

Syrien – Nutzung von Desinformation zur Rechtfertigung von Gewalt gegen Oppositionelle.

Türkei – AKP-nahe Trollnetzwerke, Zensur und gezielte Desinformation im In- und Ausland.

Ungarn – Staatlich gelenkte Medien zur Verbreitung regierungsnaher und EU-kritischer Narrative, teils mit regionaler Reichweite.

USA – Frühere Programme wie „Operation Earnest Voice“.

Venezuela – „Bolivarian Army of Trolls“ zur Verbreitung regierungsfreundlicher Narrative und Desinformation.

Vereinigte Arabische Emirate – Einflussoperationen in der arabischen Welt.

II. Begriffliche und theoretische Einordnung von Desinformation

Was ist Ihre Definition von "Desinformation", ist es Falschinformation, interessengeleitet selektive Information, Fake News, und sind diese Begriffe auch konstruktivistische Werkzeuge zur Aufrechterhaltung eines interessengeleiteten Herrschaftsdiskurses, unabhängig vom Status nicht-, semi- bzw. autoritärer Regierungen?

Unter Desinformation versteht der Verfasser die gezielte Verbreitung falscher oder irreführender Informationen, um Wahrnehmungen, Einstellungen oder Entscheidungen zu beeinflussen. Sie liegt vor, wenn Inhalte objektiv unzutreffend sind, der Urheber dies weiß und sie mit Beeinflussungsabsicht einsetzt – auch durch das bewusste Verschweigen wesentlicher Informationen. Ziel solcher Aktivitäten ist die steuernde Wirkung auf Emotionen, Wahrnehmungen und Einstellungen.

Zur Abgrenzung: Misinformation bezeichnet falsche Inhalte ohne Täuschungsabsicht, Malinformation zutreffende Informationen, die kontextlos oder verzerrt einen falschen Eindruck erzeugen. Der Begriff „Fake News“ ist dagegen unscharf und politisiert, da er häufig als Kampfbegriff zur Delegitimierung unbequemer Inhalte dient. Von einer Verwendung in der sachlichen Auseinandersetzung wird demnach abgeraten.

Für analytische Zwecke empfiehlt sich daher eine präzise Arbeitsdefinition von Desinformation, die drei Kriterien erfüllt: nachweisbare Unwahrheit, Intentionalität der Verbreitung und erkennbarer Schaden. Auf dieser Grundlage ist Desinformation ein strategisches Instrument der Meinungs- und Wahrnehmungslenkung, das in allen politischen Systemen zur Sicherung von Deutungshoheit, zur Diskursbeeinflussung und zur Erosion institutionellen Vertrauens eingesetzt werden kann.

Gibt es wissenschaftliche, vergleichende Studien zur Nutzung von Propaganda und Desinformation in autoritären und liberalen politischen Systemen, und welche Handlungsempfehlungen leiten Sie daraus ab zur Wahrung sachlicher, neutraler und diversifizierter Berichterstattung zu politisch umkämpften Fragestellungen?

Vergleichende Studien zeigen, dass Propaganda und Desinformation sowohl in autoritären als auch in liberalen politischen Systemen eingesetzt werden, jedoch mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Methoden. In autokratischen Regimen dienen Desinformations- und Propagandastrategien vor allem der Legitimation der Herrschaft, der Kontrolle des Informationsraums und der Unterdrückung oppositioneller Stimmen. Innerhalb liberaler Demokratien wird Desinformation ebenfalls verbreitet, häufig dezentral gesteuert, oft über hybride Kommunikationsnetzwerke, soziale Medien oder politisch interessengeleitete Akteure, und zielt auf gesellschaftliche Polarisierung, den Vertrauensverlust in Medien und Institutionen sowie auf die Schwächung kollektiver Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Studien während der COVID-19-Pandemie und im Kontext internationaler Konflikte zeigen, dass selbst demokratische Staaten zeitweise auf strategische Informationssteuerung zurückgreifen, während autoritäre Regime systematisch und langfristig operieren.

Vor diesem Hintergrund lassen sich mehrere Handlungsempfehlungen für die Wahrung sachlicher, neutraler und diversifizierter Berichterstattung ableiten: Erstens, die Sicherung von Medienpluralität und Quellenvielfalt, einschließlich lokaler, unabhängiger und öffentlich-rechtlicher Angebote, um eine Konzentration von Perspektiven zu vermeiden. Zweitens, die konsequente Umsetzung von Qualitätsstandards, insbesondere durch systematische Fakten- und Quellprüfung, transparente Darstellung von Argumentationslinien und Einordnung kontroverser Positionen. Drittens, die Förderung der Medien- und Informationskompetenz in der Bevölkerung, um die kritische Einordnung von Informationen und die Identifikation von Desinformation zu stärken. Viertens, eine mehrperspektivische, kontextualisierte Berichterstattung bei politisch umkämpften Fragestellungen, z. B. zu außenpolitischen Konflikten, Energiefragen oder Migration, die die verschiedenen Argumente und Hintergründe klar aufzeigt. Fünftens, die internationale Kooperation von Medienhäusern und journalistischen Netzwerken, um transnationale Desinformationskampagnen autoritärer Staaten zu erkennen, deren Einflusststrukturen transparent zu machen und die journalistische Unabhängigkeit zu sichern.

III. Politische, gesetzgeberische und gesellschaftliche Gegenstrategien

Welche Bedeutung ist Desinformation im Rahmen hybrider Kriegsführung Russlands beizumessen, in welchem Ausmaß wird sie angewandt und welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Einflusseinnahme abzuwehren?

Desinformation ist ein zentrales Instrument der hybriden Kriegsführung Russlands. Oftmals werden verschiedene Angriffsvektoren wie Cyberangriffe, Sabotage oder Spionage

mit Desinformationskampagnen kombiniert oder überlagert. Autoritäre Regime wie China und Russland machen dabei keinen Unterschied zwischen Cyberoperationen (wie Cyberangriffe über Phishing Mails oder Schadsoftware) und Informationsoperationen im Informationsraum (wie Desinformationskampagnen).

Desinformation dient nicht nur der unmittelbaren Beeinflussung von Meinungen, sondern ist strategisch darauf ausgerichtet, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen, Vertrauen in staatliche Institutionen und Medien zu untergraben sowie politische und militärische Entscheidungsprozesse westlicher Staaten zu schwächen. Russland nutzt dafür sein breites Spektrum an Maßnahmen.

Dem ist entschieden unter anderem dadurch zu begegnen, dass Desinformation ausdrücklich als Teil der kognitiven Kriegsführung erkannt wird: Sie ist nicht nur ein gesellschaftliches Informationsproblem, sondern eine sicherheitspolitische Bedrohung, die Wahrnehmungen, Entscheidungslogiken und Handlungsbereitschaften angreift. Die Bekämpfung muss daher über punktuelle Faktenkorrekturen hinausgehen. Entscheidend sind strategische Kommunikation und das kontinuierliche, konsistente Senden eigener, glaubwürdiger Botschaften – präventiv, begleitend und reaktiv – sowie die dauerhafte Besetzung des öffentlichen Deutungsraums durch staatliche, zivilgesellschaftliche und mediale Akteure.

Wesentlich ist zudem die kontinuierliche Information über den Informationsraum und die laufenden Desinformationskampagnen, um Transparenz zu schaffen und die Bevölkerung sowie politische Entscheidungsträger systematisch zu sensibilisieren. Prebunking, also die proaktive Vorwegnahme und Dekonstruktion möglicher Desinformation, sollte stärker genutzt werden, um die Wirksamkeit manipulativer Inhalte zu verringern, bevor sie viral werden.

Konkret erfordert dies ein koordiniertes Maßnahmenbündel: dauerhaftes, plattformübergreifendes Monitoring; Kapazitätsaufbau für strategische Kommunikationssteuerung in Behörden und in der Zivilgesellschaft; systematische Narrative-Arbeit (klarer, faktenbasierter Gegen-Narrativaufbau); schnelle, routinierte Reaktionsmechanismen zur Eindämmung viraler Desinformationen; sowie enge Zusammenarbeit mit Medien und Plattformbetreibern zur Transparenz- und Eindämmungspolitik. Nur durch die Anerkennung von Desinformation als sicherheitspolitisches Phänomen und Teil der kognitiven Kriegsführung, kombiniert mit einer kontinuierlichen, strategisch ausgerichteten Kommunikation inklusive Prebunking, lässt sich der Einfluss autoritärer Informationsoperationen nachhaltig begrenzen.

Welche staatlichen Maßnahmen sollten ergriffen oder verstärkt werden, um gegen Desinformation allgemein vorzugehen?

Um Desinformation effektiv zu begegnen, sind staatliche Maßnahmen auf mehreren Ebenen erforderlich. Zunächst müssen strukturelle Kapazitäten aufgebaut oder gestärkt werden, etwa durch spezialisierte Einheiten in Sicherheitsbehörden, Ministerien oder nationalen Medienaufsichtsbehörden, die Desinformationskampagnen systematisch beobachten, analysieren und bewerten. Dazu gehört ein kontinuierliches Monitoring des

Informationsraums, plattformübergreifend und in Echtzeit, um koordinierte und gezielte Kampagnen frühzeitig zu erkennen.

Darüber hinaus ist die strategische Kommunikationsfähigkeit des Staates entscheidend. Offizielle Stellen sollten konsistente, faktenbasierte Botschaften kontinuierlich senden, narrative Gegenpositionen aufbauen und Prebunking-Maßnahmen einsetzen, um Desinformation bereits vor ihrer viralen Verbreitung zu neutralisieren. Gleichzeitig muss die Medien- und Informationskompetenz der Bevölkerung gestärkt werden, damit Bürgerinnen und Bürger Desinformation erkennen, kritisch einordnen und fundierte Entscheidungen treffen können.

Parallel sollte die finanzielle und institutionelle Förderung praxisorientierter Forschung gestärkt werden, etwa durch Lehrstühle an Hochschulen, die sich systematisch mit Desinformation, Kommunikationsstrategien und Resilienzmechanismen befassen.

Weitere staatliche Maßnahmen umfassen die Förderung von Medienpluralität und unabhängigen Qualitätsmedien, transparente Kennzeichnung von Informationsquellen, sowie die internationale Kooperation zwischen Behörden, Plattformen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, um transnationale Desinformationskampagnen gezielt zurückzuverfolgen und einzudämmen. Durch die Kombination von Monitoring, strategischer Kommunikation, Prävention und Kooperation lässt sich Desinformation wirksam begegnen und die Resilienz demokratischer Gesellschaften stärken.

Wie reagieren einerseits staatliche Strukturen in Taiwan und andererseits die Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit auf systematische Desinformation und Informationsmanipulation durch autokratische Staaten und welche Empfehlungen haben Sie darauf basierend an die deutsche Politik und die Gesellschaft im Umgang mit manipulierter Information und z.B. gefälschten Profilen in sozialen Medien?

Taiwan zeigt, wie staatliche Strukturen und Zivilgesellschaft systematisch auf Desinformation und Informationsmanipulation reagieren können. Auf staatlicher Seite kommen koordinierte Frühwarn- und Rapid-Response-Maßnahmen zum Einsatz: Die sogenannte „2-2-2 Humor over Rumor“-Strategie antwortet innerhalb von 20 Minuten auf Desinformation, mit maximal 200 Wörtern und zwei visuellen Elementen wie Bildern oder Memes, um Inhalte schnell einzuordnen und zu entkräften. Gesetzlich stützt sich Taiwan auf den Anti-Infiltration-Act, der unter anderem Plattformen wie TikTok, iQIYI oder Tencent reguliert oder verbietet, um fremdgesteuerte Desinformationsquellen einzudämmen.

Die Zivilgesellschaft ist stark eingebunden: Unabhängige Fact-Checking-Organisationen wie das Taiwan FactCheck Center überprüfen laufend Informationen, während Plattformen wie Cofacts Chatbot-basiert Bürgerinnen und Bürger in Echtzeit bei der Überprüfung von Nachrichten unterstützen. Diese Kombination aus staatlicher Reaktionsfähigkeit, legislativer Absicherung und bürgerschaftlicher Partizipation stärkt die gesellschaftliche Resilienz und reduziert die Wirksamkeit systematischer Manipulationskampagnen.

Für Deutschland lassen sich daraus mehrere Empfehlungen ableiten: Erstens sollten allgemeingültige Handlungsanleitungen für Behörden und öffentliche Einrichtungen etabliert werden, inklusive Templates, Zeitvorgaben und klarer Distributionswege. Zweitens sind staatliche Frühwarnsysteme und zentrale Rapid-Response-Kompetenzzentren erforderlich, die koordiniert gegen Desinformationskampagnen vorgehen. Drittens muss die Schnittstellenkooperation zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ausgebaut werden, etwa durch gemeinsame Meldeplattformen und KI-gestützte Datenvernetzung zur Erkennung wiederkehrender Angriffsmuster. Viertens sollten unmittelbar verfügbare Chatbots für die Bevölkerung bereitgestellt werden, um Nachrichten und potenzielle Falschinformationen in Echtzeit prüfen zu können.

Die Kombination aus präventiver Sensibilisierung, strategischer Kommunikation, institutionalisierter Überwachung und zivilgesellschaftlicher Beteiligung bildet den Kern einer wirksamen Strategie gegen systematische Desinformation und schützt demokratische Gesellschaften vor gezielter Beeinflussung.

Welcher legislativ zu implementierender, allseitig gegen die Nutzung von Einfallstoren für Beeinflussung wirkender Mechanismen, Maßnahmen und Frühwarnsysteme bedarf es?

Um Einfallstore für Desinformation systematisch zu schließen, bedarf es eines integrierten legislativen Ansatzes, der Transparenzpflichten, Monitoringmechanismen und Frühwarnsysteme verbindet. Plattformbetreiber sollten gesetzlich verpflichtet werden, Inhalte, Werbung und politische Kommunikation klar zu kennzeichnen und die Herkunft sowie Finanzierung offenzulegen, um gezielte Beeinflussung nachvollziehbar zu machen. Ergänzend sind gesetzlich verankerte Risikoanalysen und Meldesysteme erforderlich, die koordinierte Manipulationsversuche frühzeitig erkennen. Unabhängige Frühwarn- und Monitoringstrukturen, unterstützt durch KI-gestützte Analysen, ermöglichen die proaktive Identifikation von Desinformationskampagnen, ohne die Grundrechte unverhältnismäßig einzuschränken. Sanktionen gegen Plattformen und Akteure, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen, sichern die Durchsetzung. Gleichzeitig muss die Resilienz der Gesellschaft gestärkt werden, etwa durch gesetzlich geförderte Medien- und Informationskompetenz sowie öffentliche Aufklärungsmaßnahmen. Nur ein solcher integrierter Ansatz aus Prävention, Transparenz, Monitoring und Durchsetzung kann die gezielte Beeinflussung von Öffentlichkeit und Entscheidungsprozessen wirksam reduzieren.

Auf die Quellen- und Literaturangaben wurde bewusst verzichtet. Diese können allerdings bei Bedarf übermittelt werden.

Der Verfasser bedankt sich bei Hans Ganter für die wertvolle Mitarbeit.